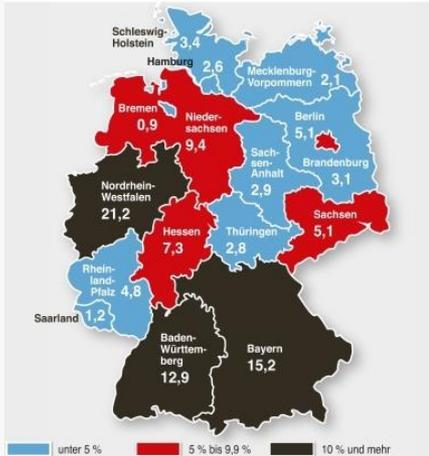


Verteilung der Asylbewerber

Die Aufnahmequoten (in Prozent) der Länder werden jedes Jahr entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl (Königsleiner Schlüssel) neu berechnet.

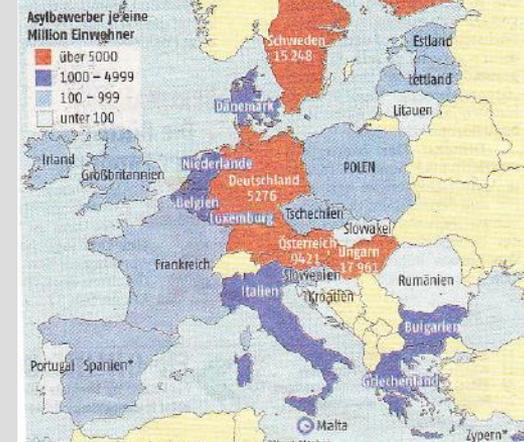


Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund Quelle: BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtling)

Cornelia Heintze

Asylsuchende in der EU

Über eine Million Menschen stellen 2015 einen Antrag auf Asyl in einem EU-Staat. So verteilen sich die Asylbewerber auf die Länder (Stand Ende November 2015)



Integration der Geflüchteten

Konsequenzen für die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur

Vortrag auf der Tagung „Flüchtlingsmigration“
am 10. September 2016
in Berlin

(Veranstalter: AG Alternative Wirtschaftspolitik, GEW u.a.)

Gliederung

1) Die Herausforderung realistisch bewerten: Einführung und Überblick

- Integration als komplexer Doppelprozess
- Zentrale Anforderungen und Stand der Dinge
- Deutschland mit im Vergleich sehr kleinem öffentlichen Sektor
- Nicht nur die Polizei wurde ausgehungert -
Ausgezehrter öffentlicher Dienst als Integrationsbremse
- Investitionsstau wächst und wächst: Blick auf Kommunen

2) Ausgewählte Themenfelder

- Kommunale Bildungsinfrastruktur insgesamt, Kinderbetreuung und Schulen
- Erwachsenenbildung: Sprach- + Integrationskurse
- Ausbildung und Arbeitsmarkt
- Günstiger Wohnraum für alle, egal ob Flüchtling oder nicht
- Unbegleitete Minderjährige

3) An Stelle eines Resümees

Integration ist ein komplexer, häufig langwieriger Prozess

- Integration als **Doppelprozess** zwischen den Geflüchteten (individuell und kollektiv) und der aufnehmenden Gesellschaft (individuell und kollektiv)
- Die Geflüchteten bringen sehr **unterschiedliche Ressourcen** mit:
 - Über ein hohes Niveau an Integrationsressourcen (finanziell, sozial, kulturell) verfügen gut gebildete Flüchtlinge aus wohlhabenden, städtisch geprägten Familien, die ihre Identität nicht über Religion definieren.
 - Über ein niedriges Niveau an Integrationsressourcen (finanziell, sozial, kulturell) verfügen Flüchtlinge aus armen Familien und ländlichen Regionen, die kaum über Schulbildung verfügen und ihre Identität stark über Religion definieren.
- Die aufnehmende Gesellschaft ist **gespalten**:
 - Teile der Gesellschaft sind auf „Willkommen“ eingestellt. Andere Teile auf Ablehnung. Dazwischen sind die Skeptischen. Zwischenzeitlich steht hinter „Willkommen“ nur noch eine Minderheit.
 - Skeptisch bis ablehnend ist ein relevanter Teil der abgehängten oder von Abstieg bedrohten Bevölkerung. Sie fürchten um Nachteile im Beruf. Fürchten, zukünftig noch schlechter gute und bezahlbare Wohnungen zu finden. Usw. Zu sozialen und wirtschaftlichen Befürchtungen kommen kulturelle Ängste. 46% beklagen (Umfrage vom Sommer 2016), dass sich die Politik mehr um Flüchtlinge als um die einheimische Bevölkerung kümmert.

Zentrale Anforderungen

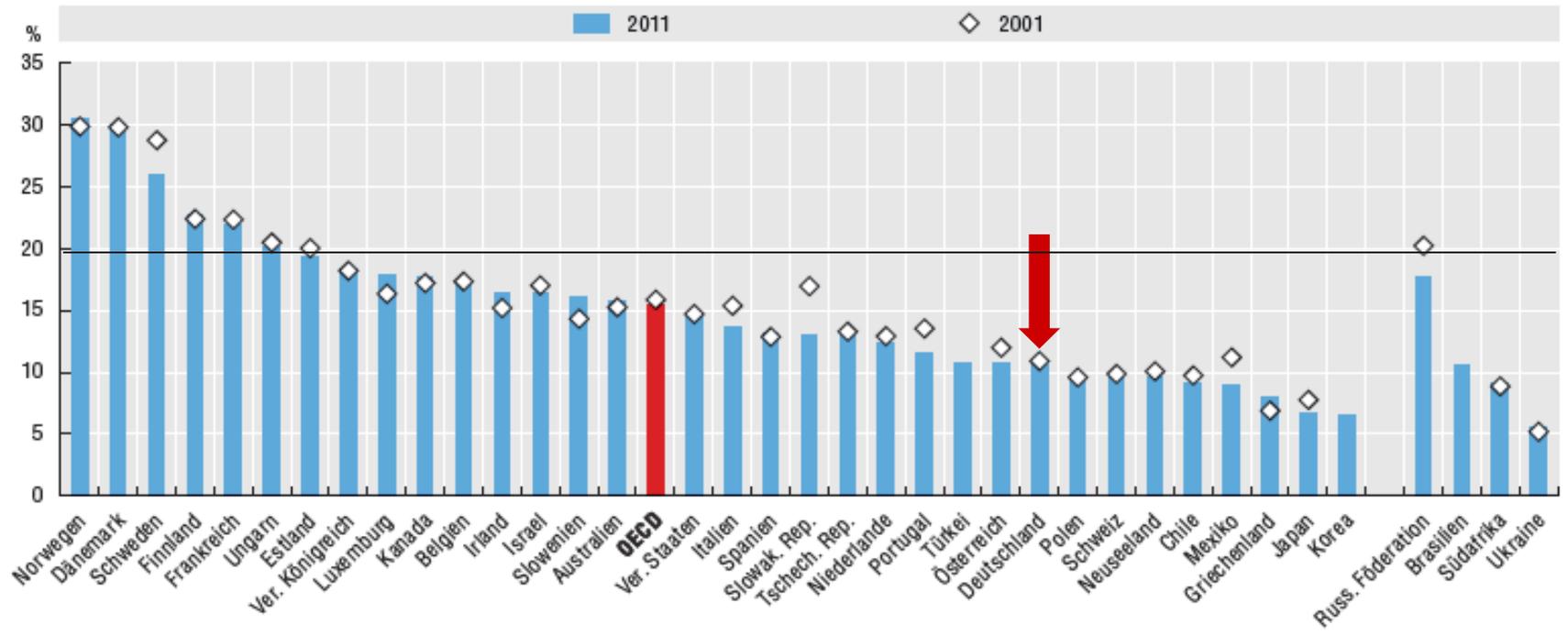
Was folgt für die öffentlichen Strukturen



Stichwort/Anforderung	Folgerung	Stand
Rechtlich einwandfreie Status-Entscheidungen binnen max. 3 Monaten	Bamf braucht leistungsfähige, auf Kontinuität gerichtete Strukturen mit ausreichend Personal.	Seit 2008 stark steigende Asylanträge; Politik hat den gemeldeten Personal-mehrbedarf ignoriert. Erst in der Krise wurde gehandelt mit Turboneueinstellungen; Qualität bleibt auf der Strecke > Fehlentscheidungen beschäftigen die Gerichte
Flüchtlingsheime müssen neben der Unterbringung und Versorgung Betreuungsleistungen nach individuellem Bedarf erbringen	Psychologisch geschultes Personals ist wichtiger als die Essensausgabe; kommerzielle Interessen sollten nicht zum Tragen kommen	Weitgehende Privatisierung mit Auftragserteilung an dubiose Geschäftemacher (vgl. in Berlin den Skandal um die Firma Pewobe oder in NRW die Vorgänge um European Homecare).
Koordinierung, Einbindung und Begleitung von Ehrenamt	(1) Zugeh-Strukturen nötig. Komm-Strukturen lassen viele hilflos zurück; (2) Professionelle Einbindung erforderlich	(1) Komm-Strukturen dominieren ; (2) Für professionelle Begleitung fehlt meist das Personal
Ohne Deutsch und Hinführungen zum Alltag geht gar nichts.	Deutsch- und Integrationskurse für alle mit Aufenthaltsstatus, dabei passgenau (verpflichtend)	Große Kluft zwischen Bedarf und Angebot ; nicht passgenau; schlechte Vergütung der Lehrkräfte
Integration in Kitas und Schulen	Keine Separierung (Flüchtlingsklassen), sondern Integration in den Regelbetrieb mit ergänzender Spezialförderung	Flüchtlingskinder weit unterproportional in Kitas vertreten
Versorgung mit Wohnraum (Alle EinwohnerInnen mit Bedarf)	Der soziale und öffentlich-kommunale Wohnungsbau muss hochgefahren werden. Priorität Objektförderung	Die Privatisierung von über 1 Mio. Wohnungen rächt sich; Trendwende eingeleitet, kommt aber nur schleppend voran.

Im breiten internationalen Vergleich hat Deutschland nur einen sehr kleinen Leistungsstaat; die Erbringung öffentlicher Dienste ist überwiegend privatisiert

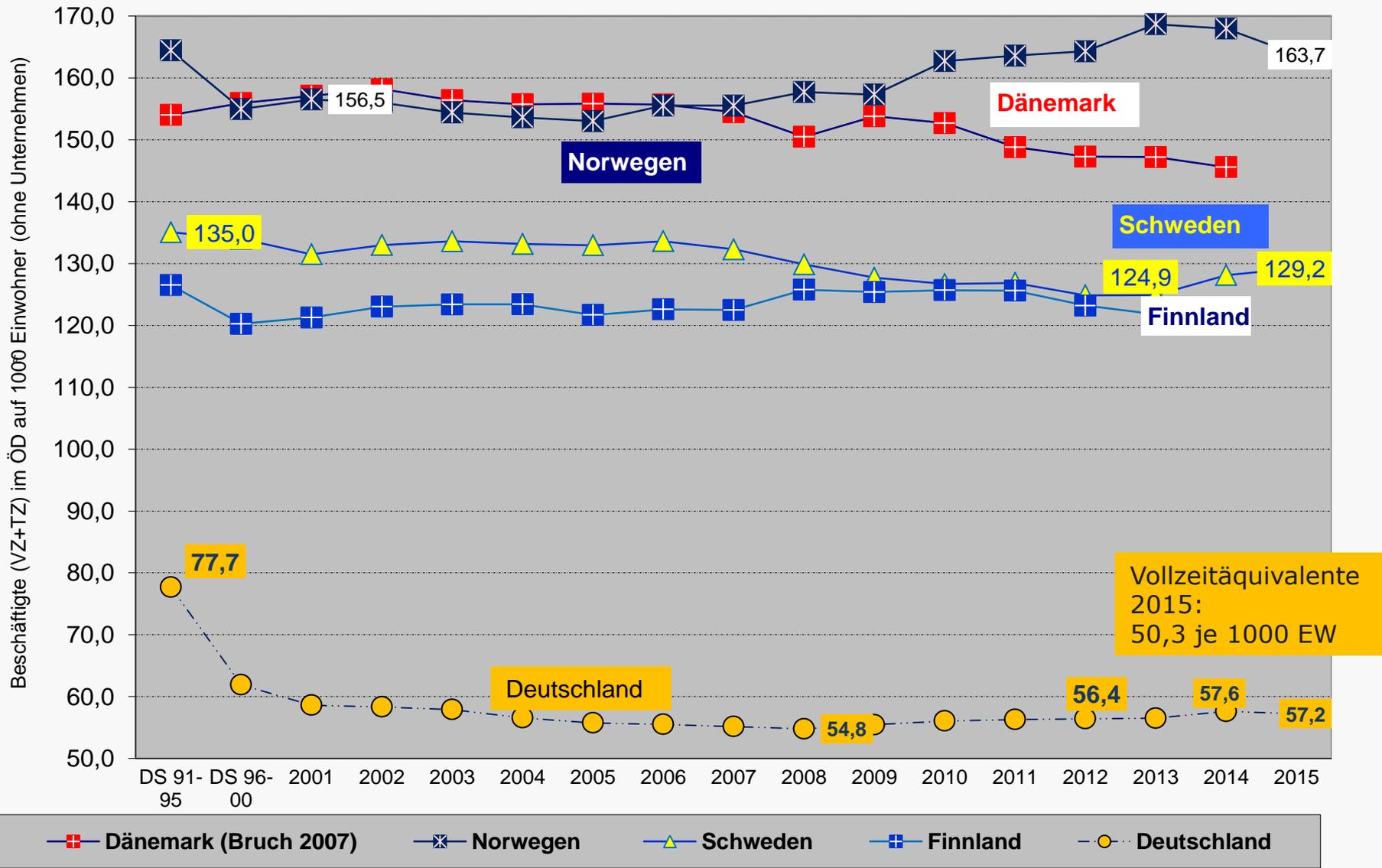
5.1. Beschäftigung im Sektor Staat in Prozent der Erwerbsbevölkerung (2001 und 2011)



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), LABORSTA (Datenbank); OECD Labour Force Statistics (Datenbank). Die Daten für Korea wurden von Regierungsvertretern zur Verfügung gestellt.

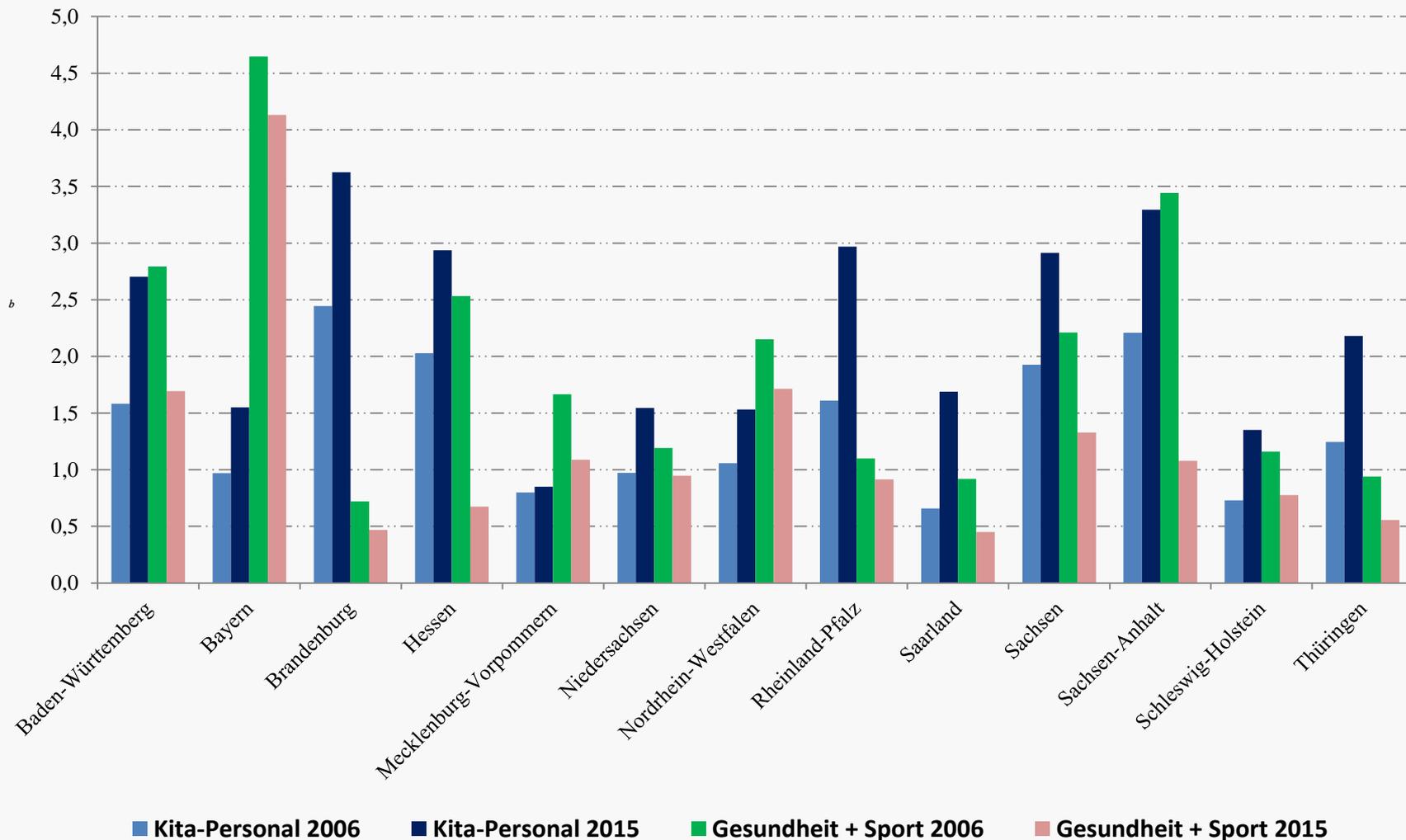
Quelle: OECD (2014): Regierung auf einen Blick 2013, S. 111

Ausgehungert und gegen die Wand gefahren: Vergleich mit Skandinavien



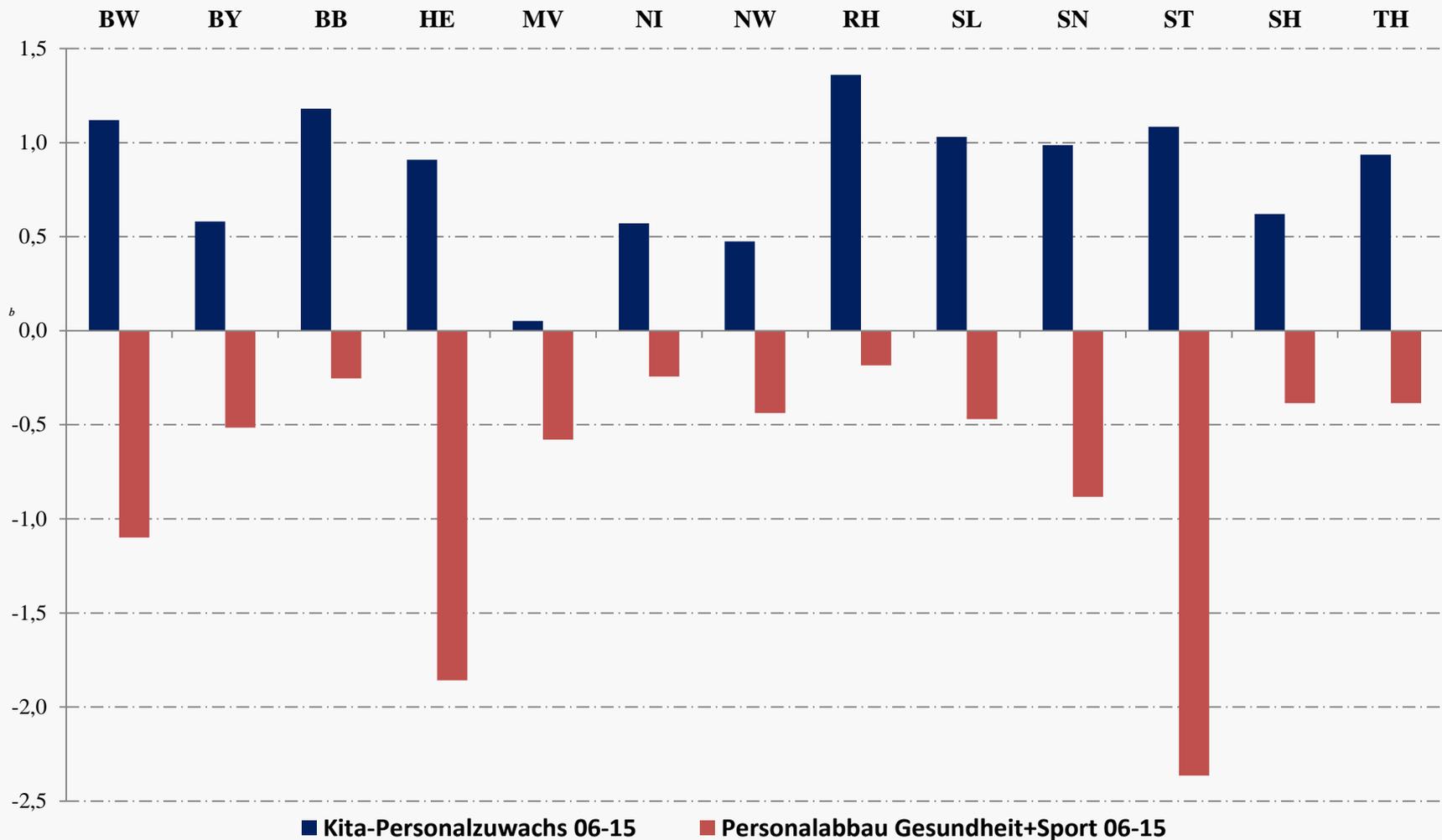
Datenquellen : Vgl. Heintze 2013 (Updates der entsprechenden Statistiken; bei Dänemark Statistikrevision mit ab 2008 geänderten Daten unter Code RAS305)

Kommunales Personal in Kindertagesstätten und im Bereich Gesundheit und Sport nach Bundesländern: Vollzeitäquivalente auf 1000 Einwohner 2006 und 2015



Datenquelle : Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Finanzen und Steuern. Reihe 6 Personal des öffentlichen Dienstes, Jahrgänge 2003 – 2016 fortlaufend

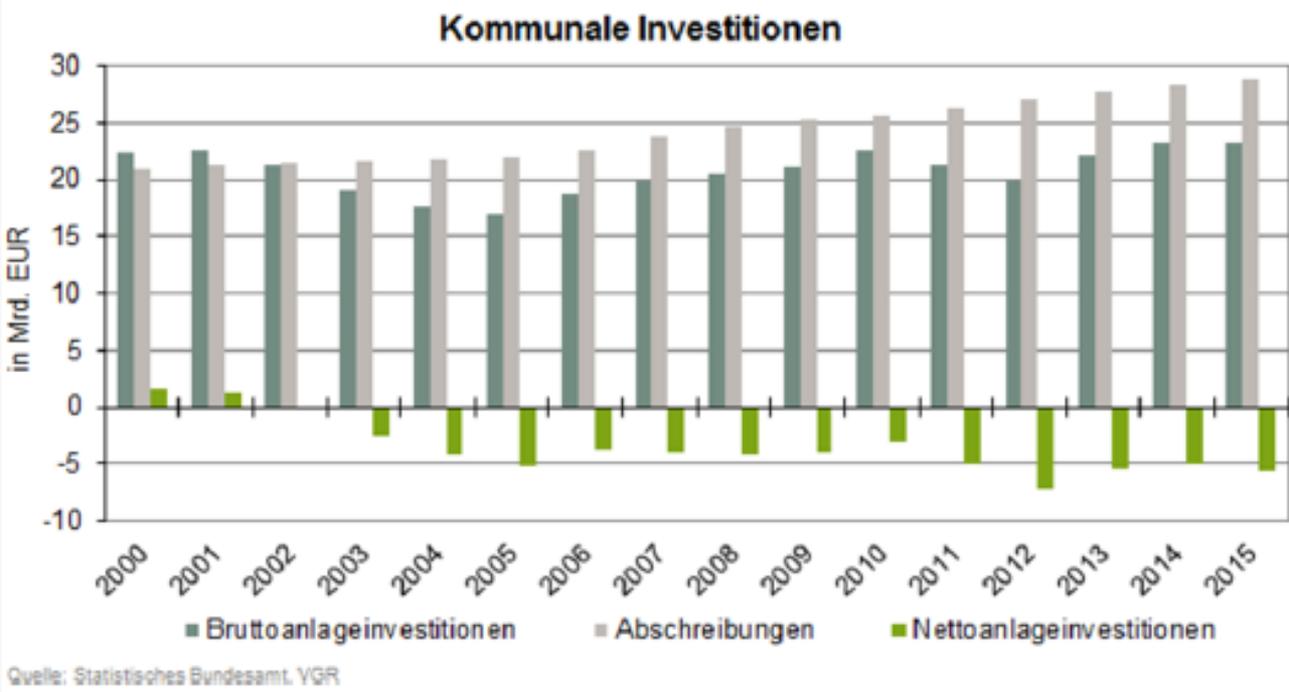
Kommunales Personal in Kindertagesstätten und im Bereich Gesundheit und Sport nach Bundesländern: Veränderung bei den Vollzeitäquivalenten auf 1000 Einwohner 2006 und 2015



Datenquelle : Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Finanzen und Steuern. Reihe 6 Personal des öffentlichen Dienstes, Jahrgänge 2003 – 2016 fortlaufend

Kommunaler Investitionsstau seit Jahren unverändert

- ▶ Seit über einer Dekade führt die kommunale Finanznot dazu, dass die jährlichen Investitionsausgaben geringer sind als der Abschreibungsbedarf.
- ▶ Der Hinweis auf steigende Ausgaben täuscht. Die Kommunen leben von der Substanz. **Der Substanzverlust steigt von Jahr zu Jahr.**



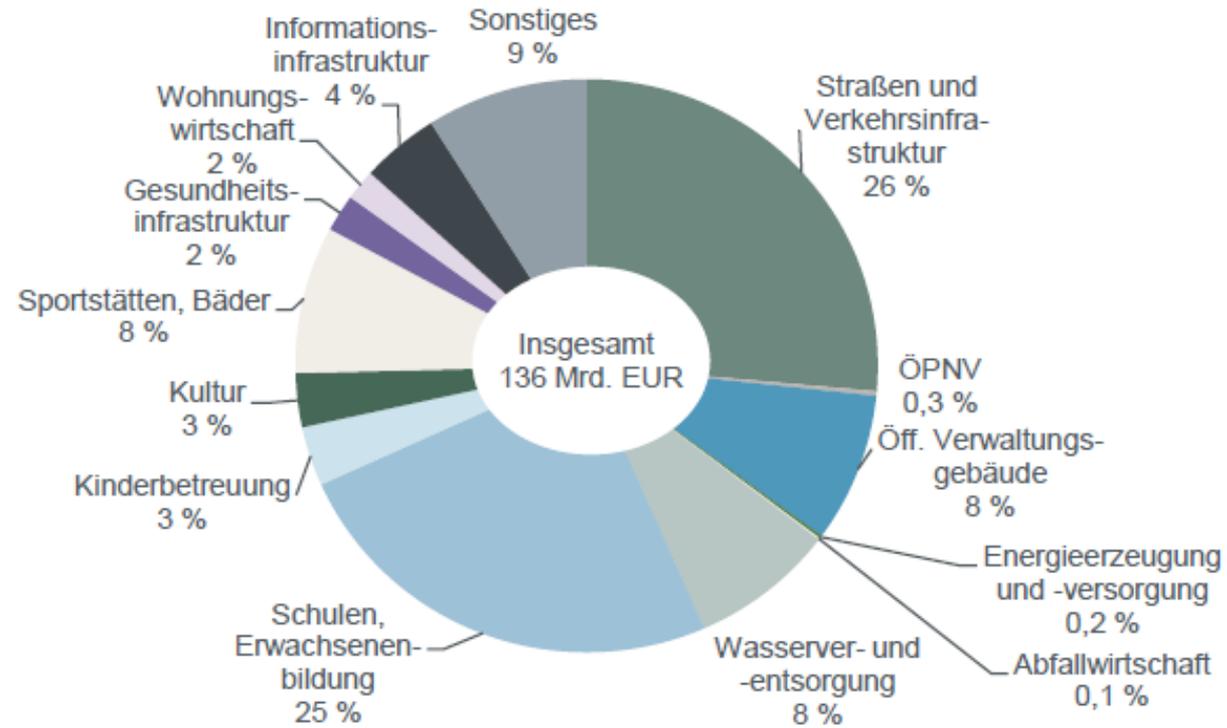
Kommunaler Investitionsstau wird seit Jahren nicht abgebaut, sondern wächst

Neben dem Werterhalt des öffentlichen Kapitalstocks besteht ein unbefriedigter Investitionsbedarf bei Bildungseinrichtungen, bei Gesundheit, Sport usw.

Der von den Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstand:

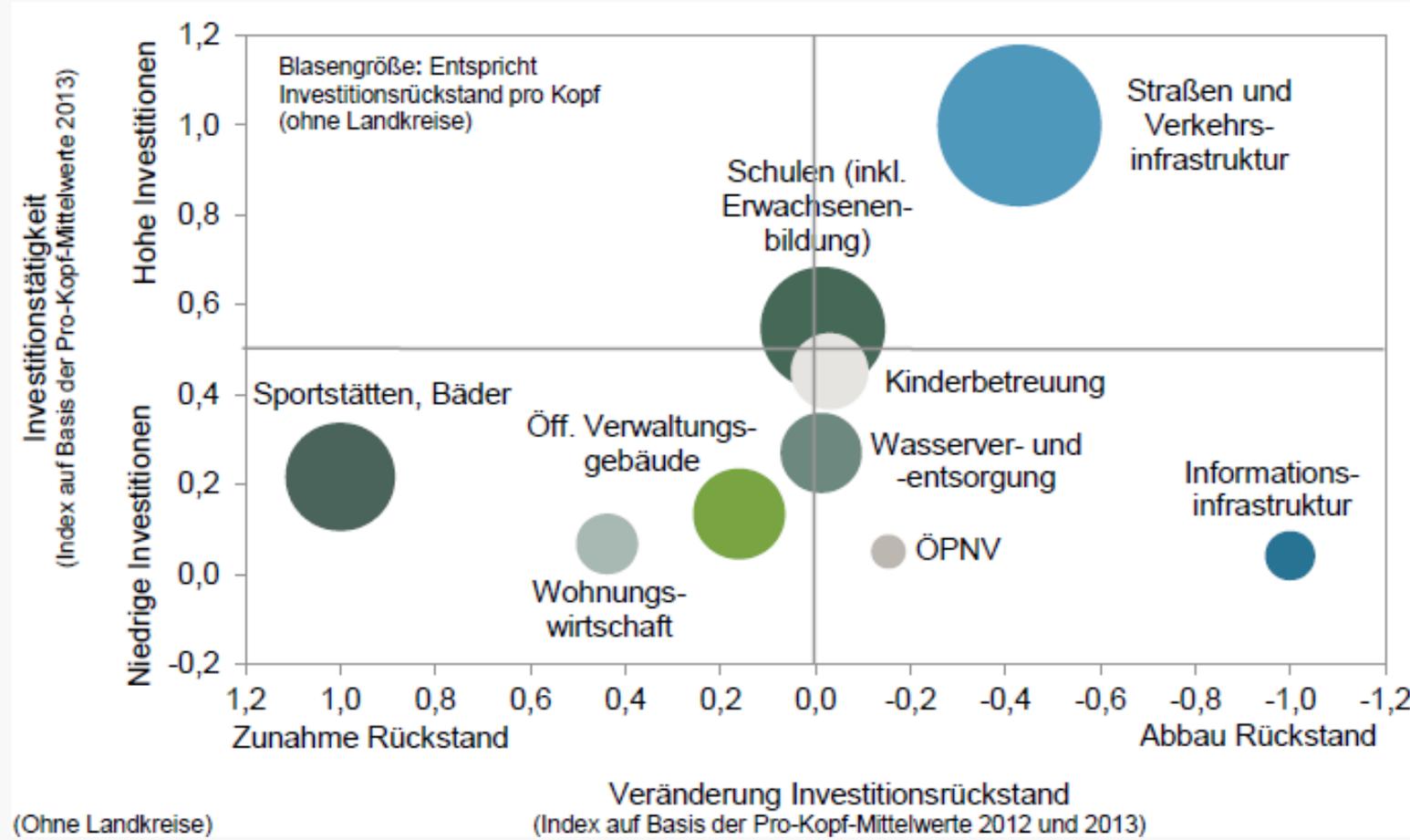
- 2008: 84 Mrd. €
- 2013: 118 Mrd. €
- 2015: 136 Mrd. €

Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2015



Datenquellen: KfW-Kommunalbefragung fortlaufend und KfW-Kommunalpanel 2015 (S. 16)

Priorisierung führt zu Dysbalancen: Abnehmender Investitionsstau bei wirtschaftsnahen Bereichen (Verkehr, Digitalisierung..); Stillstand bei Bildung, Rückschritt bei der kommunalen Wohnungswirtschaft, Bädern etc.



Datenquellen: KfW-Kommunalbefragung 2014 (S. 25)

Folgerung mit Blick auch auf den Einwohnerzuwachs (2015: + rd. 900 EW; 2016: + ? EW)

Um auch nur den schlechten Status quo des Jahres 2014 zu erhalten, muss das Personal des öffentlichen Dienstes um gut 60 Tsd. MitarbeiterInnen aufgestockt werden. Erst jenseits davon gibt es eine echte personelle Verbesserung:

Grobe Schätzung des Mehrbedarfs

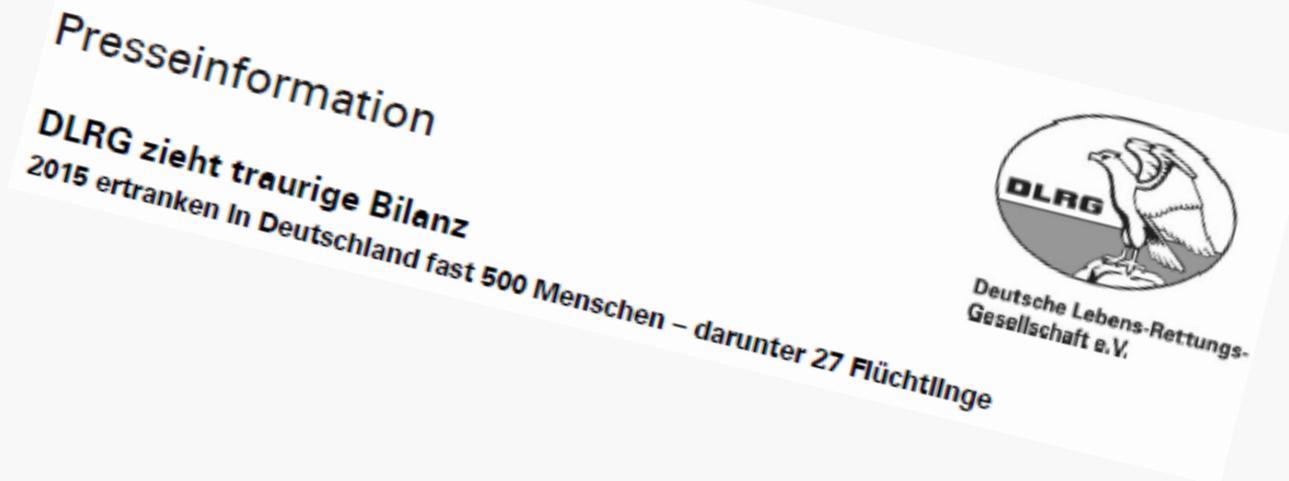
- Polizei und Justiz: rd. 18 Tsd. (SPD: 12 Tsd. Polizisten)
- Kommunales Kitapersonal: rd. 10 Tsd.
- Lehrkräfte an Schulen: rd. 20 Tsd. plus
- Erwachsenenbildung (VHS): rd. 18 Tsd. (mehr Kursleiter, teilw. Festanstellung)
- Stadtbibliotheken rd. 10,3 Tsd. (= 1/3 des skandinavischen Durchschnitts)
- Musikschulen rd. 12 Tsd. (= 2/3 des skandinavischen Durchschnitts)
- Öffentlicher Gesundheitsdienst: rd. 8 Tsd.
- Jugendämter ?
- Sportstätten, Schwimm- + Hallenbäder
- Psychologische Dienste ?

Der Gesamtbedarf beläuft sich im Minimum auf weit über 100 Tsd. Stellen.

Ergebnis für 2015: bei 4.200 Tsd.-VZÄ anstelle von tatsächlich 4.087,2 Tsd.-VZÄ Anstieg der Dichteziffer von 50,3 auf 51,7.

Zum Vergleich: In Großbritannien hat die letzte Labour-Regierung die Beschäftigtenzahl im ÖD um über 900 Tsd. aufgestockt (3-1999: 5.434 Tsd.; 3-2010: 6.340 Tsd.) Die Tories haben bis 12-2015 dieses Personal wieder abgebaut (12-2015: 5.347 Tsd.).

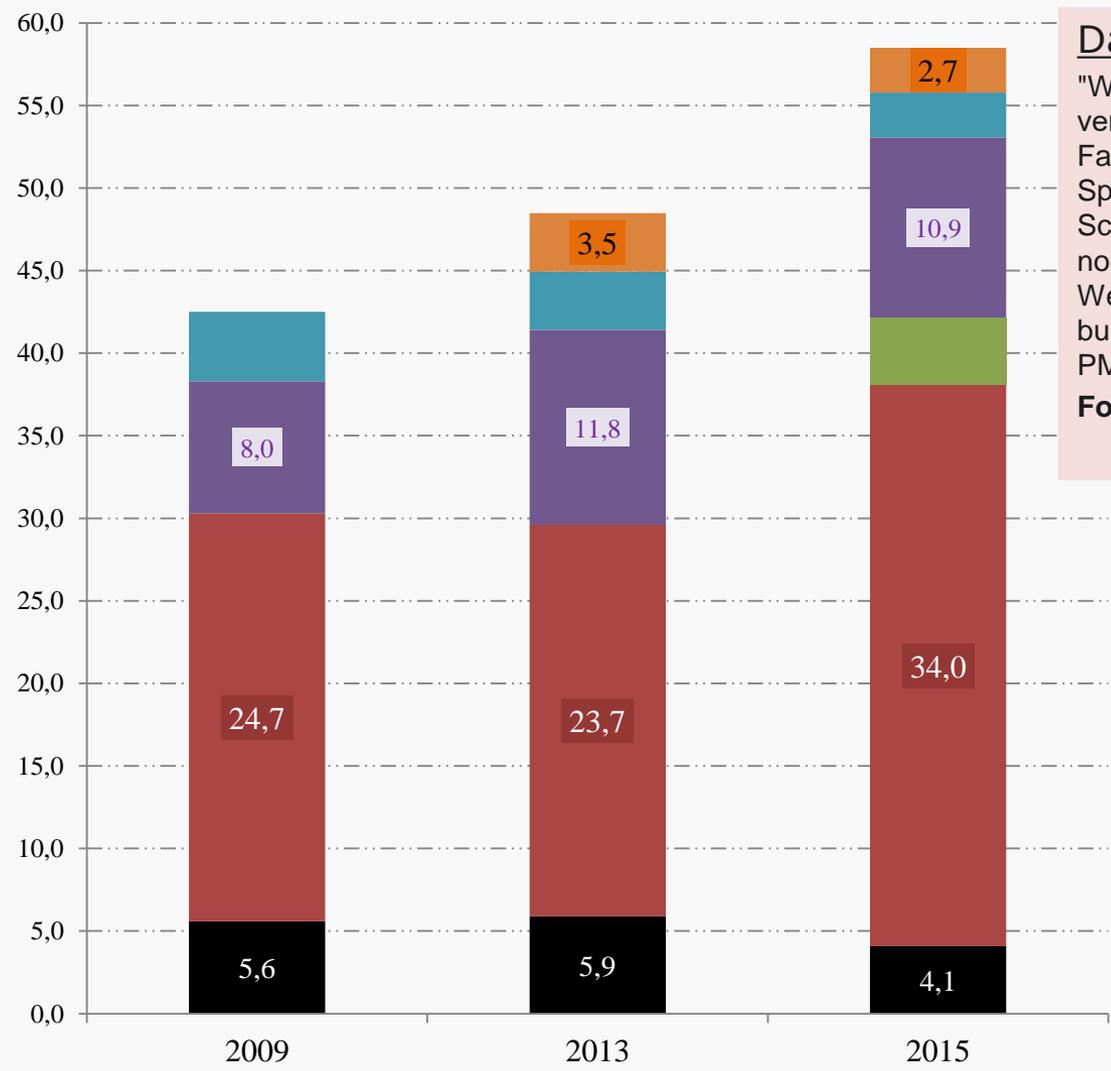
2



Ausgewählte Handlungsfelder

- Kommunale Bildungsinfrastruktur insgesamt, Kinderbetreuung und Schulen
- Erwachsenenbildung: Sprach- + Integrationskurse
- Ausbildung und Arbeitsmarkt
- Günstiger Wohnraum für alle, egal ob Flüchtling oder nicht
- Unbegleitete Minderjährige

Kommunale Bildungsinfrastruktur: Investitionsrückstau 2015 größer als 2009



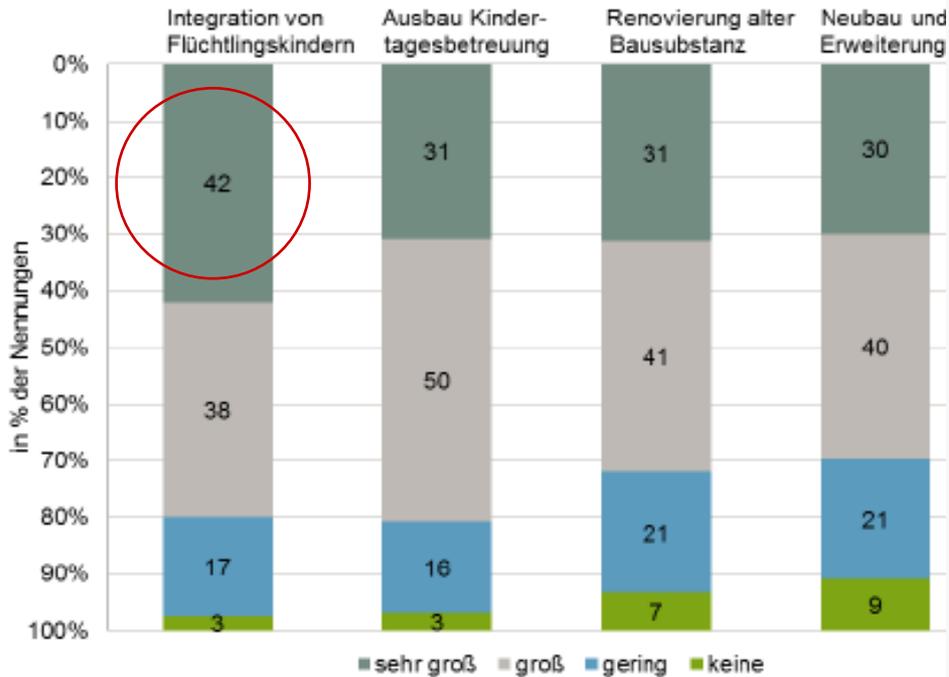
Das stille Sterben
 "Wir haben in den letzten zehn Jahren **1100 Bäder** verloren (...)", sagte DLRG-Präsident Klaus Wilkens. Fast 320 weitere Bäder seien aufgrund weiterer Sparmaßnahmen der Kommunen akut von der Schließung bedroht. Konnten Ende der 80er Jahr noch mehr als **90 Prozent** der Viertklässler in Westdeutschland schwimmen, seien es nun bundesweit im Schnitt nur noch **70 Prozent**. (DLRG, PM 1.6.2012)
Folgen: 2011: rd. 400 Ertrunkene
 2015: rd. 500 Ertrunkene, (dar. 27 Flüchtlinge)

- Kommunale Wohnungswirtschaft
- Krankenhäuser, Gesundheit
- Sportstätten (incl. Schwimmbäder)
- Kulturelle Infrastruktur
- Schulen, Erwachsenenbildung
- Kinderbetreuung

Quelle: KfW-Kommunalbefragung 2009 (Tab. 2), KfW-Kommunalpanel 2014, S. 17; KfW-Kommunalpanel 2016, S. 16)

Kinderbetreuung ist für die Kommunen prioritär Dr. Heintze

Zukünftige finanzielle Bedeutung der vier wichtigsten kommunalen Investitionsbereiche im Schul- und Bildungssektor



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016

- Früher Kitabesuch dient der Integration
- Kitas können Brückenbauer auch für die Eltern sein
- Nötig sind bessere Personalschlüssel, Migrantinnenbeschäftigung, Weiterqualifizierungen.
- Ethik als schulisches Pflichtfach würde der Integration dienen.

- ▶ **Frühe Förderung in Kitas:** Bis März 2015 stieg die U3-Betreuungsquote im Bundesdurchschnitt auf **32,9%** (incl. Tagespflege). Von Bedarfsdeckung konnte gleichwohl keine Rede sein, weder quantitativ noch qualitativ. Nun ist die Lücke noch größer.
- ▶ **Zusatzbedarf** für mehrere Hunderttausend U6-Flüchtlingskinder (1-15 bis 7-16 rd. 160.000): Das IW fordert **allein für 2017** (13. IW-Bildungsmonitor) **98.500 zusätzliche Kita-Plätze**.
- ▶ **Realität:** Wegen hoher Zugangshürden haben nur wenige Flüchtlingskinder eine Chance auf frühe Förderung:

Berlin (8-2015): Von 2.400 U6-Kindern in Gemeinschaftsunterkünften besuchten nur 15% eine Kita (Quelle: GEW). Folgerung: Eltern müssen direkt angesprochen + eingeladen werden.

Schulen/Ausbildungsvorbereitung

- ▶ Unter den Geflüchteten befanden sich Ende 15 rd. 180 Tsd. Kinder im schulpflichtigen Alter und an die 200 Tsd. Jugendliche im Alter von 18. bis 24 Jahren. Bis 7-2016 zusätzlich 76 Tsd. Kinder im schulpflichtigen Alter (Mädchen: 41,5 %)
- ▶ Die unzureichende Ressourcenausstattung (zu wenig Lehrkräfte, zu wenig Schulpsychologen und Sozialarbeiter, unzureichende Bauunterhaltung usw.) rächt sich nun.

Rd. 120.000 Jugendliche müssen auf den Beginn einer Ausbildung vorbereitet werden

Sprach- und Integrationskurse

Befunde

- (1) Infrastruktur** befindet sich erst im Aufbau > Verfügbare Plätze reichen bei weitem nicht aus > Monatelange Wartezeit erschwert die Integration
- (2) Die Kurse** sind selten passgenau auf das Vorwissen der Teilnehmer ausgerichtet. Die Klienten sind sehr heterogen
- (3) Teilnahmeberechtigungen insgesamt**
 - 2014: 211.321 (dar. 33,7% Neuzuwanderer)
 - 2015: 283.404 (dar. 43,8% Neuzuwanderer)
- (4) Kursteilnehmer 2015:** rd. 179,4 Tsd. (dar. Aus Syrien: = 19%)
(Quelle: BAMS, Stand 4-2016)
- (5) Kursträger** (private Träger: rd. 60%; öffentliche Träger/VHS: knapp 40%) erhalten je Teilnehmer und Unterrichtseinheit erhalten, von 3,10 Euro auf 3,90 Euro.
- (6) Unzureichende Bezahlung der Lehrkräfte** (meist Honorarkräfte):
 - Bisher: Mindestvergütung von 23 € (führte zu Nettoeinkünften unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns).
 - Ab 1.7. 2016: Erhöhung auf eine Mindestvergütung von 35 Euro je Unterrichtseinheit (Kurs in der BAMF-Zuständigkeit). Wo BAMF nicht zahlt, ist die Vergütung schlechter. Gilt etwa für Sachsen und Brandenburg, da diese Länder bei der öffentlichen VHS-Förderung die Schlusslichter sind (2013: SN: 2,29 €/EW; BB 2,65 €; BE 4,53 €; NW 6,94 €)

BAMF-Kursteilnehmer und Absolventen

Integrationskurse, Sprachkurse, Alphabetisierungskurse usw.

Tabelle I

Neue Kursteilnehmer
in den Jahren 2014 und 2015
nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Rang	2014			2015		
	absolut	prozentual	Rang	absolut	prozentual	Rang
1	Syrien	12.883	9,0%	2	34.514	19,2%
2	Polen	15.372	10,8%	1	15.744	8,8%
3	Rumänien	11.674	8,2%	3	15.389	8,6%
4	Bulgarien	8.859	6,2%	4	11.829	6,6%
5	Italien	6.842	4,8%	6	7.965	4,4%
6	Türkei	8.067	5,7%	5	7.254	4,0%
7	Griechenland	5.386	3,8%	7	5.152	2,9%
8	Irak	2.137	1,5%	18	4.307	2,4%
9	Spanien	4.773	3,4%	8	4.273	2,4%
10	Ungarn	3.559	2,5%	10	3.904	2,2%
	sonstige Staatsangehörige	60.771	42,7%		66.399	37,0%
	Summe	140.323	98,5%		176.730	98,5%
	zuzüglich Spätaussiedler*	2.116	1,5%		2.668	1,5%
	Insgesamt	142.439	100,0%		179.398	100,0%
	nachrichtlich EU-Staaten**	65.620	46,1%		75.017	41,8%

** ohne Deutschland (vgl. Tabelle 6).

Tabelle II

Integrationskursabsolventen
in den Jahren 2014 und 2015
nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Rang	2014			2015		
	absolut	prozentual	Rang	absolut	prozentual	Rang
1	Syrien	4.248	5,0%	4	10.857	11,0%
2	Polen	8.184	9,7%	1	9.286	9,4%
3	Rumänien	4.800	5,7%	3	6.801	6,9%
4	Türkei	6.817	8,1%	2	5.699	5,8%
5	Bulgarien	2.839	3,4%	7	4.333	4,4%
6	Italien	2.560	3,0%	9	3.289	3,3%
7	Russische Föderation	3.031	3,6%	5	2.985	3,0%
8	Griechenland	2.653	3,1%	8	2.765	2,8%
9	Deutschland	2.988	3,5%	6	2.482	2,5%
10	Spanien	2.490	2,9%	10	2.466	2,5%
	sonstige Staatsangehörige	42.766	50,6%		45.487	46,1%
	Summe	83.376	98,6%		96.450	97,8%
	zuzüglich Spätaussiedler*	1.162	1,4%		2.132	2,2%
	Insgesamt	84.538	100,0%		98.582	100,0%
	nachrichtlich EU-Staaten**	29.468	34,9%		36.247	36,8%

Quelle: BAMF

Integration in Ausbildung und reguläre Arbeit:

(Stand: Juli/August 2016)

- Die Zeit des Wartens (Ausgang des Asylverfahrens, Start von Deutsch- und Integrationskursen usw.) muss mit sinnvollen Tätigkeiten ausgefüllt werden. Sonst treten Zermürbungseffekte ein, die sich über Gefühle der Verunsicherung und Perspektivlosigkeit negativ auf die Integration auswirken.
- Gut die Hälfte (55%) der erwachsenen Flüchtlinge ist ohne formale Berufsausbildung, möchte aber schnell Geld verdienen. Der **Wert einer guten Ausbildung** muss vermittelt werden.
- Rd. 350 Tsd. Asylbewerber/Asylberechtigte sind als Arbeitssuchende registriert (Sommer 2016)
- Großspurige Ankündigungen (etwa der DAX-Vorstände) erwiesen sich bisher als reine Luftblasen:
 - DAX-Unternehmen: < 60 Flüchtlinge wurden eingestellt (DT Post: 50)
 - Bundeswehr: 45 Flüchtlinge erhalten in Handwerksberufen Grundkenntnisse vermittelt
 - Bundesbehörden: < 10 Flüchtlinge wurden eingestellt
- Vermittlung in Ausbildungs- oder Arbeitsplatz reicht nicht. Für eine gewisse Zeit ist eine begleitende Betreuung notwendig, um bei Problemen intervenieren und vermitteln zu können.



Unbegleitete Minderjährige

Rechtslage/Anforderungen

- (1) Minderjährige sind besonders verwundbar und bedürfen des Schutzes. Dies schreibt auch die UN-Kinderrechtskonvention vor. Dementsprechend regelt das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 42), dass das Jugendamt die jungen Menschen in Obhut nimmt und betreut.
- (2) Junge Flüchtlinge sind offen für neue Erfahrungen. Hier muss mit speziellen Angeboten angeknüpft werden.
- (3) Keinesfalls darf die religiöse Erziehung junger Flüchtlinge mit muslimischem Hintergrund irgendwelchen Moscheen überantwortet werden. Sie muss staatlich organisiert werden als Ergänzung zu einem verpflichtenden Ethik-Unterricht.

Quantitative Bedeutung

Stichtag **31.12.2014** : **17.955** unbegleitete Kinder und Jugendliche befinden sich in vorläufigen Schutzmaßnahmen oder in Jugendhilfeanschlussmaßnahmen (Quelle: Dt. Städte+ + Gemeindebund).
Zahl stieg bis **Juni 2016** auf über **68 Tsd.**

Enorme Herausforderung für die Jugendämter

Mitte 2016 leben z.B. in NRW 12.853 minderjährige Flüchtlinge
Vor der Flüchtlingswelle von 2015 waren es 3500.
Die meisten Jugendlichen sind männlich und zwischen **15 bis 17 Jahre** alt.

Viele Jugendliche brauchen, erhalten aber keine psychologische Hilfe

Viele sind traumatisiert, haben Verwandte, Geschwister, Freunde oder Eltern im Krieg oder auf der Flucht verloren. Hier erleben sie einen Kulturschock, der zusätzliche Verunsicherung mit sich bringt. Sie benötigen umgehende Hilfe bei der psychologischen Verarbeitung, warten dann aber viele Monate auf einen Termin.
Den Psychologischen Diensten fehlt es massiv an Personal. Auch Dolmetscher sind nicht in genügender Zahl vorhanden. Fehlerhafte Übersetzungen durch Dilettanten sind die Folge.

Im deutschen Schrumpfstaat wurde der soziale Wohnungsbau gegen die Wand gefahren

In den Ballungsräumen gibt es massive Versorgungsengpässe mit preiswertem Wohnraum

Das Problem besteht seit Jahren. Gebaut wird vorrangig in Luxussegmenten und auch viele Wohnungsmodernisierungen zielen auf Verdrängung alteingesessener Mieter, da die Mieten weit stärker steigen als die Einkommen. Relativ zur steigenden Nachfrage sinkt das Angebot an günstigen Wohnungen. Die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen verschärft also ein ohnehin bestehendes Problem.

Gründe

Seit Ende der 80er Jahre folgt die Wohnungspolitik der Maxime „Mehr Markt. Weniger Staat“. An die Stelle staatlicher Eigenleistung tritt die Gewährleistung einer Grundversorgung.

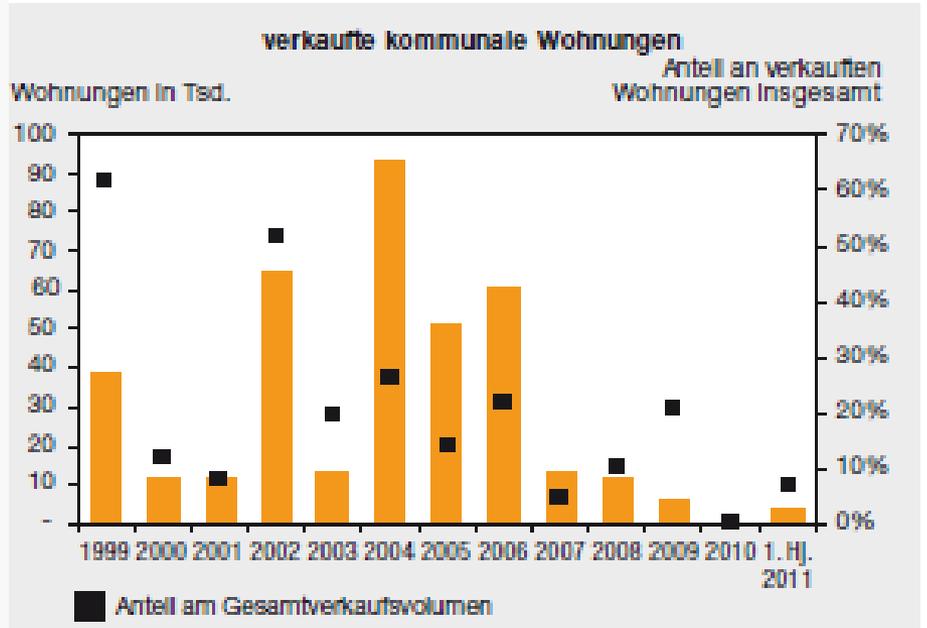
- Steuerreform von 1990: **Wohnungsgemeinnützigkeit wird aufgehoben**
- **Objektförderung wird massiv zurückgefahren**; es bleibt die Subjektförderung durch Wohngeld.
- Ab den 90er Jahren Veräußerung großer öffentlicher Wohnungsbestände (über eine Mio. Wohnungen)
- Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau werden massiv zurückgefahren. Der Bestand sinkt auf noch rd. 1,5 Mio. preislich gebundene Wohnungen

Auch aktuell ist das Angebot rückläufig, da mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen als neue hinzukommen.

Was ist nötig?

- Steuerliche Subventionen und Standardabsenkungen sind in ihren Wirkungen sehr begrenzt, teilweise (Steuer subventionen) kontraproduktiv. Statt mit geringstmöglichem Staatseingriff wenig zu bewirken, müssen direkt wirkende Maßnahmen Vorrang erhalten.
- Die **öffentliche Hand muss massiv in den Kauf und die Errichtung von Wohnungen** investieren. Dazu sind auch Neugründungen kommunaler Wohnungsbaugesellschaft dort erforderlich, wo Privatisierungen erfolgt sind. In den Bauverwaltungen bedarf es deutlicher Personalaufstockungen.
- Die **Wohnungsgemeinnützigkeit muss neu begründet** werden.

Im neoliberalen Sozialstaat gab der Staat seine Gestaltungsfunktion auf dem Wohnungsmarkt sukzessive auf: Blick auf kommunale Privatisierungen



Wohnungen mit Mietpreis-/Belegungsbindungen insgesamt und davon im Eigentum von Städten und Gemeinden 2009 und 2011

	Anzahl Kommunen	Wohnungen mit Mietpreis-/Belegungsbindungen				Differenz 2009-2011	
		2009 absolut	2009 in %	2011 absolut	2011 in %	absolut	in %
Gesetzlich geförderte Wohnungen							
insgesamt		985 179	100,0	922 952	100,0	-62 227	-6,3
... davon in kommunaler Hand	550	315 919	32,1	297 601	32,2	-18 318	-5,8
Wohnungen mit vertraglich vereinbarter Mietpreis-/Belegungsbindung							
insgesamt		89 300	100,0	85 271	100,0	-4 029	-4,5
... davon in kommunaler Hand	124	51 580	57,8	50 982	59,8	-598	-1,2

Datenbasis: BBSR-Kommunalbefragung 2012 © BBSR Bonn 2014

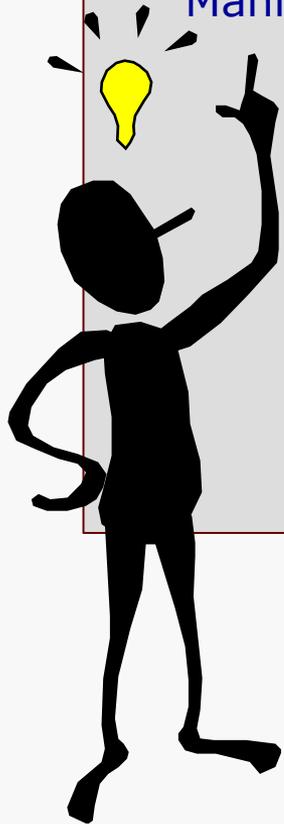
Was Flüchtlinge mit guten Integrationsperspektiven denken

(1) „Wir als Flüchtlinge, wir sollten die Polizei anrufen, wenn sich Leute merkwürdig benehmen. Die meisten Flüchtlinge leben in Heimen und sie kennen einander gut. Aber die Polizei muss auch früher reagieren (...). Auch die Asylverfahren sollten viel schneller verlaufen. (...). **Und es sollte eine Frist geben, wann die Sprachprüfungen abgelegt werden müssen. Damit die Leute viel lernen müssen und überhaupt keine Zeit für schlechte Gedanken haben.** (...). Wir bedanken uns bei den deutschen Menschen. Sie haben uns eine Wohnung gegeben (...) Sie geben uns auch die Möglichkeit zu studieren. Der Studienplatz, die Fahrkarte, die Bücher: alles ist kostenlos. (...) In Syrien haben wir diese Möglichkeit nicht.“ (Alaa Kefo, 20, aus Aleppo, studiert ab Oktober 2016 Bauingenieurwesen in Nürnberg; Quelle: TAZ 30./31.7.16, S. 23)

(2) „Die meisten Flüchtlinge haben erst einmal einen Schock, weil sie **mit der Erwartung kommen, dass hier alles einfach ist.** Ich dachte damals auch, wenn ich erst hier bin, werde ich keine Probleme mehr haben. Die Realität war ganz anders. Ich war ganz allein und erst 16, das war das Schwerste. Ich musste hart arbeiten, härter als die Deutschen. (...) Ich sehe auch viele kulturelle Unterschiede, die andere Sprache und die Leute sind anders hier. Aber ich arrangiere mich damit und bin glücklich über meine Entscheidung.“ (Amir Mozafari aus Afghanistan, jetzt 21 Jahre, hat sein Abitur nachgeholt und studiert jetzt Wirtschaftspädagogik)

(3) „Ich warte seit 8 Monaten und nichts ist passiert. Kein Sprachkurs, keine Anhörung, nichts. Ich habe ans Bundesamt geschrieben und nach einem Sprachkurs gefragt, aber die sagen, ich muss erst meine Anhörung haben und den Aufenthalt bekommen. **Mein Leben ist zum Stillstand gekommen.**“ (Zacharias Ibech, 32, Modedesigner ging von Aleppo zunächst in den Libanon und floh 2015 über die Balkenroute)

"Wenn es aber **Wirklichkeitssinn** gibt", ..., „dann muss es auch etwas geben, dass man **Möglichkeitssinn** nennen kann. (...) **Es ist die Wirklichkeit, welche die Möglichkeiten weckt**, und nichts wäre so verkehrt, wie das zu leugnen.“ (Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften, Rowohlt Verlag, Ausgabe 1970, S. 16f.)



Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit

BAMF-Kursteilnehmer

Integrationskurse, Sprachkurse, Alphabetisierungskurse usw.

Tabelle 8

Neue Kursteilnehmer
im Jahr 2015
nach Trägerarten

	2015	
	absolut	prozentual
Ausl. Organisationen	1.222	0,7%
Arbeiterwohlfahrt (AWO)	4.306	2,4%
Betr./überbetr. Aus-/Fortbildungsstätte	6.210	3,5%
Bildungswerke/-stätten	14.541	8,1%
Deutsch-ausl. Organisationen	2.732	1,5%
Evangelische Trägergruppen	4.925	2,7%
Freie Trägergruppen	8.971	5,0%
Initiativgruppen	13.964	7,8%
Internationaler Bund	5.359	3,0%
Katholische Trägergruppen	4.565	2,5%
Kommunale Einrichtungen	123	0,1%
Sprach-/ Fachschulen	38.693	21,6%
Volkshochschulen (VHS)	67.719	37,7%
Sonstige Trägergruppen	6.068	3,4%
Insgesamt	179.398	100,0%
zusätzlich Kurswiederholer	21.197	

Tabelle 16

Prüfungsteilnehmer am Orientierungskurstest
bzw. am Test "Leben in Deutschland" ³⁾
in den Jahren 2009 bis 2015
nach Prüfungsergebnis

	Prüfungsteilnehmer	Prüfung teilgenommen	Prüfung bestanden	
		absolut	absolut	prozentual
2009	interne Teilnehmer ¹⁾	68.501	62.920	91,9%
	externe Teilnehmer ²⁾	1.956	1.868	95,5%
	Summe 2009	70.457	64.788	92,0%
2010	interne Teilnehmer ¹⁾	70.558	65.142	92,3%
	externe Teilnehmer ²⁾	2.822	2.720	96,4%
	Summe 2010	73.380	67.862	92,5%
2011	interne Teilnehmer ¹⁾	64.909	60.372	93,0%
	externe Teilnehmer ²⁾	3.381	3.274	96,8%
	Summe 2011	68.290	63.646	93,2%
2012	interne Teilnehmer ¹⁾	64.522	60.217	93,3%
	externe Teilnehmer ²⁾	3.772	3.649	96,7%
	Summe 2012	68.294	63.866	93,5%
2013	interne Teilnehmer ¹⁾	66.712	61.901	92,8%
	externe Teilnehmer ²⁾	5.495	5.347	97,3%
	Summe 2013	72.207	67.248	93,1%
2014	interne Teilnehmer ¹⁾	78.049	72.154	92,4%
	externe Teilnehmer ²⁾	6.863	6.640	96,8%
	Summe 2014	84.912	78.794	92,8%
2015	interne Teilnehmer ¹⁾	90.692	83.647	92,2%
	externe Teilnehmer ²⁾	8.040	7.677	95,5%
	Summe	98.732	91.324	92,5%
Insgesamt		536.272	497.528	92,8%

1) Teilnehmer mit Teilnahmeberechtigung/-verpflichtung am Integrationskurs.

2) Externe Teilnehmer, die auf eigene Kosten am Test teilnehmen (einschl. Prüfungswiederholer)